



Presseschau vom 06.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: **Der Politologe Nikolaj Ragosin: Dies sind bereits die zweiten Wahlen ohne den Donbass. Wir sind kein Teil der Ukraine**

Wie die heutigen Wahlen die Situation im Donbass beeinflussen, berichtete der Leiter des Lehrstuhls für Soziologie und Politologie der Donezker Technischen Nationaluniversität, der Kandidat der Philosophie Nikolaj Petrowitsch Ragosin, der „Komsomolskaja Prawda“.

- Wie wirken sich die ukrainischen Wahlen auf die Situation im Donbass aus?

- Auf der einen Seite ändern diese Wahlen die Situation in einer Beziehung überhaupt nicht, insofern sich nämlich das Verhältnis der Ukraine zum Donbass nicht verändert. Bei keinem einzigen Kandidaten sehe ich irgendeine konstruktive Position, die es erlauben würde, mit ihnen einen Zukunft aufzubauen und wie auch immer zu verhandeln zu beginnen. Von diesem Gesichtspunkt aus werden uns diese Wahlen nichts Gutes bringen. Aber auf der anderen Seite sind dies, unabhängig davon, wer dort an die Regierung kommt und welche Politik sie durchführen wird, bereits die zweiten Wahlen, an denen der Donbass nicht teilnimmt. Das heißt, auf diese Weise wird immer klarer, dass wir kein Teil der Ukraine sind. Dieser Umstand gibt uns eine Grundlage zu behaupten, dass wir tatsächlich ein unabhängiges staatliches Gebilde sind, das seine Zukunft nicht im Rahmen der Ukraine sieht. Wir wissen, dass es verschiedene politische Kräfte gibt, die die Illusion nähren, dass der zerschlagene Tontopf mit der Bezeichnung „Ukraine“ geklebt werden kann. Aber er kann schon nicht mehr geklebt werden. Und je schneller unsere ausländischen Partner, auch auf der ukrainischen Seite, das begreifen, desto besser wird es sein. Dann werden wir einen Ausgangspunkt sondieren können, einen Ausgangspunkt, von dem aus es möglich sein wird, sich bei der Lösung aller übrigen Probleme zu bewegen. Aber wie schnell es zu diesem Verständnis, das dann schon

abschließend ist, kommen wird, das ist die Frage.

- Wäre es vielleicht richtiger nicht zu fragen, wann es zu diesem Verständnis kommt, sondern ob ein solches Verständnis von Seiten der Ukraine im Prinzip möglich ist?
- Warum sollte es nicht möglich sein? Es ist möglich. Ein Staat wird manchmal als ein gewisses Gebilde verstanden, das der Herrgott geschaffen hat und das ewig bis zum Ende der Zeiten existieren wird. Aber die Geschichte zeugt von etwas anderem, davon, dass ein Staat entsteht und zerfällt. Allein in den letzten paar Jahrzehnten sind auf der Karte anderthalb Dutzend neuer Staaten erschienen, die zuvor nicht existierten. Warum wird angenommen, dass die Ukraine irgendein diamantenes Gebilde ist, das nicht zerfallen kann? Die Ukraine ist gerade ein sehr brüchiges Gebilde. Und je länger jene Politik, die seit 1991 durchgeführt wird, weitergeführt wird, eine Politik eines gewaltsamen Regierungsunitarismus, desto schneller wird dieses Gebilde Ukraine zerfallen. Und wenn die Ukraine zerfällt, wer wird uns dann kritisieren können, dass wir Teil Russlands sein wollen. Streng genommen können wir jetzt schon nicht mehr Teil der Ukraine sein. Der Donbass war 1991 Teil der Ukraine, als die Verfassung der Ukrainischen SSR galt, die das Recht auf Abwesenheit nationaler Unterdrückung garantierte. Ja und die ukrainische Verfassung von 1996 versprach uns anscheinend den Schutz der russischen Sprache. Wo ist das alles? Nichts davon gibt es. Es gibt nur eines – koste es was es wolle alle zu kompromittieren, alle zu „verbiegen“, alle niederzuringen. Aber der Donbass war damit zu keinem einzigen Zeitpunkt einverstanden. Deshalb haben wir jede Grundlage, um als unabhängiger Staat anerkannt zu werden, weil uns mit dieser Ukraine nichts verbindet.

de.sputniknews.com: **Wegen Venezuela: Pence droht mit hartem Vorgehen gegen Kuba**

US-Vizepräsident Mike Pence hat am Freitag „ernstere Maßnahmen“ gegenüber Kuba versprochen, um dessen politischen Einfluss auf Venezuela einzudämmen.

„Der kubanische Einfluss hat für Venezuelas Scheitern gesorgt. Es ist an der Zeit, Venezuela von Kuba zu befreien. Das ist ein weiterer Grund dafür, warum Präsident Trump sein Wort hält, den Kurs der früheren Administration zu ändern, um das Diktator-Regime in Havanna zu stürzen“, sagte Pence in einer Rede am James-Baker-Institut für öffentliche Politik in Texas. Washington werde in den kommenden Wochen ernstere Maßnahmen gegen Kuba beschließen, versicherte er.

Nach dem Sieg der Revolution 1959 hatten die USA und Kuba die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Im Jahr 2016 kündigte der damalige US-Präsident Barack Obama ihre Wiederaufnahme an. Donald Trump hatte die Kuba-Politik seines Vorgängers immer wieder bemängelt. Seit seinem Amtsantritt ist die US-Rhetorik gegenüber Havanna wieder kritischer geworden.

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Donezkij, Shelobok und Losowoje**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Militärische Eskalation in Libyen: Moskau macht Nato verantwortlich**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat die Nato für das andauernde Kriegschaos in Libyen verantwortlich gemacht. In dem kriegsgeschüttelten ölfreudigen Wüstenland droht eine militärische Eskalation, nachdem die Truppen von General Khalifa Haftar einen Vormarsch

auf die von der Uno anerkannte Regierung in Tripolis begonnen haben.

„Die andauernde Krise in Libyen ist die direkte Folge des rechtswidrigen militärischen Eingreifens der Nato“, sagte Lawrow vor seinem Kairo-Besuch in einem Interview mit der ägyptischen Zeitung „al-Ahram“.

Mit ihrer Intervention habe die Nato Libyen „ins Chaos gestürzt, zu einem regionalen Instabilitätsherd und zur Brutstätte des Terrorismus gemacht“, so der russische Spitzendiplomat.

General Khalifa Haftar, dessen Libysche Nationalarmee (LNA) den Osten des Landes kontrolliert, hatte am Donnerstag den Vormarsch auf die Hauptstadt Tripolis befohlen, wo die von den Vereinten Nationen unterstützte Regierung von Fajis al-Sarradsch residiert. Nach Gefechten mit westlibyschen Milizen erklärte die LNA am Freitag, die Kontrolle über den internationalen Flughafen von Tripolis am südlichen Stadtrand übernommen zu haben. Noch am selben Tag rief der UN-Sicherheitsrat Haftar dazu auf, seinen Vormarsch auf Tripolis zu stoppen.

In Libyen war es im Februar 2011 zu einem bewaffneten Aufstand gekommen, der mehrere Monate dauerte. Staatschef Muammar al-Gaddafi, der 42 Jahre lang geherrscht hatte, wurde von den Aufständischen gefasst und unter ungeklärten Umständen getötet. Die Nato, die von März bis Oktober Ziele in Libyen bombardierte, hatte den Rebellen beim Umsturz geholfen. Seitdem steckt das nordafrikanische Land im Kriegschaos und wird von einer Doppelherrschaft geführt: Der Westen des Landes wird von der Regierung al-Sarradsch kontrolliert, im Osten hat das vom Volk gewählte Parlament das Sagen, das mit der Libyschen Nationalarmee kooperiert. Viele Gebiete stehen unter Kontrolle lokaler Milizen, die sich gegenseitig bekriegen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 5. April 3:00 Uhr bis 6. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit:

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 20.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij, Sajzewo, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Jasinowataja, Spartak, Wesjoloje, Dokutschajewsk, Oktjabrj, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU Spartak während der Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten dort beschossen.

Duech Beschuss der BFU auf Kominternowo wurden zwei Häuser beschädigt:

- Achmatowa-Straße 26 (Brand von Veranda und Küche);
- Pobeda-Straße 7 (das Dach wurde beschädigt).

Außerdem wurde duech Beschuss von Seiten der BFU auf Golmowskij durch einen direkten Treffer eines Mörsergeschosses des Kalibers 120mm ein Wohnhaus in der Fotijewa-Straße 36 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 102.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis unter 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR

abgefeuerten Geschosse 109.

Ab 01:01Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Lawrow: USA versuchen internationales Recht „abzuhaken“**
Russlands Außenminister hat gegenüber der ägyptischen Zeitung „al-Ahram“ erneut die Situation um die Anerkennung der Souveränität Israels über die Golanhöhen durch die USA kommentiert. Ein entsprechendes Interview wurde auf der offiziellen Webseite der russischen Behörde veröffentlicht.

„Die US-Anerkennung der israelischen Annexion der syrischen Golanhöhen ist ein grober Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen, die Prinzipien des internationalen Rechts und den Resolutionsblock des UN-Sicherheitsrates zur Regelung des arabisch-israelischen Konflikts, vor allem die Resolution 479“, sagte Lawrow im Vorfeld seines Ägypten-Besuchs. Diese Entscheidung rückt ihm zufolge die Chancen für das Erreichen eines langfristigen, sicheren und fairen Friedens im Nahen Osten in die Ferne. Washingtons Position zur Nahost-Frage entspreche der gesamten US-Linie, die auf „den Zerfall von zentralen internationalen Vereinbarungen und die Auswechslung des internationalen Rechts durch eine, „auf gewissen Regeln basierende Ordnung““ abziele.

„Es liegt nahe, dass Washington danach strebt, die Erkenntnisse der Weltgemeinschaft abzuhaken und die allgemein anerkannte völkerrechtliche Basis zu zerstören, auf deren Grundlage man weiter nach Wegen zur Regelung der Nahost-Situation sucht“, erläuterte der russische Außenminister.

US-Staatschef Donald Trump hatte die von Israel annektierten syrischen Golanhöhen formell als Staatsgebiet Israels anerkannt und am Montag bei einem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Washington eine entsprechende Proklamation unterzeichnet.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern Wesjoloje mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Nach genaueren Informationen wurden dabei Verglasung und Wandkacheln am Gebäude des Laboratoriums des Stadtkrankenhauses Nr. 21 von Donezk auf Kremlwskij-Prospekt 12a beschädigt.

Durch glücklichen Zufall wurde niemand verletzt.

de.sputniknews.com: **WSJ: USA wollen iranische Elitetruppen als „Terroristen“ einstufen**
Die USA wollen laut der Freitagsausgabe des „Wall Street Journal“ (WSJ) das iranische Korps der islamischen Revolutionswächter zur Terrororganisation erklären und es dementsprechend auf die „Schwarze Liste“ setzen.

Laut inoffiziellen Informationen aus der US-Administration wird diese Entscheidung voraussichtlich schon am Montag, dem 8. April, bekanntgegeben. Dieser Schritt sei der erste Fall, dass die USA ein offizielles Organ eines anderen Staates in die Liste der Terrororganisationen eintragen würden, unterstreicht WSJ.

Diese Entscheidung sei von US-Außenminister Mike Pompeo und vom Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, unterstützt worden.

Indessen haben Pentagon-Verantwortliche, darunter der Vorsitzende der vereinigten Stabschefs der US-Truppen, Joseph Dunford, das Weiße Haus vor diesem Schritt gewarnt, der nach Ihrer Meinung vor allem den US-Truppen in der Region schaden und dabei kein Ergebnis im Sinne des wirtschaftlichen Drucks auf den Iran bringen werde.

Auch die CIA habe Bedenken hinsichtlich der Zweckmäßigkeit dieses Schrittes geäußert, so die Zeitung.

Die USA hatten bereits früher Sanktionen gegen mit der iranischen Revolutionsgarde verbundene Organisationen verhängt. So wurden am 26. März 25 natürliche und juristische Personen auf eine Sanktionsliste gesetzt. Die USA und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) versuchten auch, die iranischen Elitetruppen von ihren Finanzquellen „abzuschneiden“.

Der Iran unterstützt seit Jahren konsequent die syrische Regierung unter Baschar Assad und hilft der syrischen Armee bei der Bekämpfung der bewaffneten Terrormilizen. Das Korps der islamischen Revolutionswächter hatte im Oktober vorigen Jahres mit einem Überraschungsschlag rund 40 Anführer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ getötet.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32460/38/324603870.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Kreml: Putin will Sicherheitsbesorgnisse Estlands zerstreuen**

Russlands Präsident Wladimir Putin will während des bevorstehenden Treffens mit seiner estnischen Amtskollegin Kersti Kaljulaid die Besorgnisse Estlands über die Sicherheit des baltischen Staates zerstreuen. Dies sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber der Zeitung „Postimees“.

Estlands Staatschefin soll am 18. April zur Eröffnung des restaurierten historischen Gebäudes der estnischen Botschaft in Moskau eintreffen. Während dieses Besuchs rechnet Kaljulaid mit einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Eine offizielle Anfrage wurde bereits an den Kreml geschickt. Dies bestätigte auch Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, laut dessen Aussagen sich Moskau auf die Verhandlungen vorbereitet.

„In Estland gibt es bestimmte Besorgnisse in Bezug auf die Situation um die Sicherheit. Aus unserer Sicht gibt es keine Grundlagen dafür. Russland hat mehrmals betont, dass es keine Bedrohungen von unserer Seite für die Nachbarn gibt“, sagte Peskow in einem kurzen Telefon-Interview für einen Moskauer Reporter von „Postimees“.

„Ziel des Treffens ist, einander näher kennenzulernen und aktuelle Fragen zu besprechen.“ Er betonte dabei, dass es einen Mangel an Dialog zwischen den Nachbarländern gebe.

„Es ist sehr wichtig, miteinander zu kommunizieren. Wir haben ein großes Defizit an einem bilateralen Dialog, besonders auf der höchsten Ebene“, präzisierte Peskow.

Der letzte Russland-Besuch von Estlands Staatschef hatte im Jahre 2011 stattgefunden. Damals beteiligte sich der ehemalige Präsident Toomas Hendrik Ilves an der Weihe der Johanneskirche in St. Petersburg. Es gab jedoch kein Treffen zwischen den Staatschefs der beiden Länder. Das letzte Präsidententreffen fand im Juni 2008 statt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32460/56/324605641.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland: Duma-Chef schlägt Verfassungsänderungen vor**

Der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, plädiert dafür, die Verfassung Russlands durch einen Punkt über die Teilnahme der Staatsduma an der Regierungsbildung zu ergänzen.

„Es wäre meiner Meinung nach zweckmäßig, (...) zusätzlich das Thema der Mitwirkung der Staatsduma bei der Bildung der Regierung der Russischen Föderation zu erörtern.

Entsprechend der Verfassung nimmt die Staatsduma Russlands heute an der Regierungsbildung nur im Rahmen eines Verfahrens teil, bei dem sie der Ernennung des Regierungsvorsitzenden durch den Präsidenten zustimmt“, sagte Wolodin gegenüber der Internet-Redaktion der Webseite der Staatsduma.

Seiner Meinung nach wäre es außerdem zweckmäßig, die Normen für den Regierungsbericht an das Parlament genau zu präzisieren.

„Wir sehen, dass die Verantwortung der Regierung und des Staates insgesamt gewachsen ist und die Parlamentskontrolle über die zu treffenden Entscheidungen effektiver geworden ist. Im Sinne dieser Entwicklung wäre es zweckmäßig, zusätzlich Normen für den Regierungsbericht an das Parlament zu den Themen zu detaillieren, die die Staatsduma aufgeworfen hat, darunter zur Bewertung der Tätigkeit einzelner Ministerien“, sagte Wolodin.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen bewaffneten Formationen die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm beschossen.

Infolge von Beschuss erlitt ein Mann, geb. 1963, wohnhaft in der Maximeljanowska-Straße 30, Splitterverletzungen am Bauch. Der Verletzte wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 von Donezk eingeliefert.

de.sputniknews.com: **Nato und Georgien absolvieren Manöver im Schwarzen Meer**

Vier Schiffe des ständigen maritimen Nato-Einsatzverbandes (SNMG2) und zwei Schiffe der Küstenwache von Georgiens Innenministerium haben ein gemeinsames Manöver im Schwarzen Meer absolviert. Dies teilte die georgische Behörde auf ihrer offiziellen Webseite mit.

Die Seeübungen sahen demnach die Durchführung gemeinsamer Manöver und eine Schiffsenterung unter Anwendung des technischen Nato-Reglements vor.

Ziel der Übungen war es, das Niveau der Vereinbarkeit und des Zusammenwirkens zwischen der Küstenwache des georgischen Innenministeriums und den Seekräften der Nato zu erhöhen.

Von der georgischen Seite beteiligten sich daran die Schiffe „Dioskuria“ und „Ochamchire“. Die Allianz wurde durch Schiffe aus den Niederlanden, der Türkei, Rumänien und Bulgarien vertreten.

Der russische Abgeordnete Juri Schwytkin, Vize-Vorsitzender des Duma-Ausschusses für Verteidigung, äußerte sich dazu gegenüber RT so:

„Zweifelloos ist das durchgeführte Manöver ein weiterer Schritt zur Spannungseskalation in dieser Region und dient nicht der dortigen Stabilität. Auf ein solches Verhalten müssen wir reagieren“, in Form der Begleitung dieser Schiffe und der Beobachtung dieser Übungen.

„Und dies tun wir auch“, sagte der Politiker.

Die Nato-Schiffe waren am 1. April in Georgien eingetroffen und haben nun bereits das Territorialgewässer Georgiens verlassen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30788/02/307880238.jpg>

Dan-news.info: „**Heute fand in Donezk ein gesamtstädtischer Subbotnik statt.** An den Arbeiten zur Herstellung von Sauberkeit und Ordnung nahmen in allen Bezirken von Donezk mehr als 28.000 Menschen teil“, teilte das Bürgermeisteramt von Donezk mit.

An der Arbeit beteiligten sich auch der stellvertretende Leiter der Verwaltung von Donezk Nikolaj Wolkow, der stellvertretende Bürgermeister Timur Artjomenko und andere Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Insgesamt wurden in der Hauptstadt der DVR bei dem Subbotnik von etwa 5,5 Mio.

Quadratmetern Gelände 460 Kubikmeter Müll und Blätter entfernt. Außerdem pflanzten Mitarbeiter der kommunalen Dienste 313 Bäume, 377 Sträucher, 2373 Blütenpflanzen, sie säten 204 Quadratmeter Rasen ein.

Heute war der erste gesamtrepublikanische Subbotnik in diesem Jahr. Der nächste Subbotnik ist für den 20. April geplant. In den Frühjahrsmonaten ist geplant, etwa 185.000 Bäume, Sträucher und Blumen in den Ortschaften zu pflanzen.

de.sputniknews.com: „**Nachtwölfe“ fahren auf den Spuren des Zweiten Weltkrieges nach Berlin**

Die Motorradtour „Wege des Sieges – nach Berlin 2019“ startet am 26. April vom Poklonnaja-Hügel in Moskau. Der Biker-Korso wird auf den Spuren des Zweiten Weltkrieges fahren. Das Ziel der Tour, die durch Städte Russlands, Weißrusslands und Osteuropas führt, ist Berlin am 9. Mai.

Wie der Präsident der Abteilung „Wege des Sieges“ des Motorradclubs „Nachtwölfe“, Andrej Bobrowski, auf einer Pressekonferenz in der Nachrichtenagentur Rossija Segodnja mitteilte, werden die Biker durch Städte Russlands und Weißrusslands fahren, wo sie Kränze an Kriegsgräbern niederlegen wollen.

Auf dem Territorium Mitteleuropas führt ihre Route durch Polen (Warschau, Breslau, Auschwitz), Tschechien (Starovičky, Brünn, Prag) und die Slowakei (Banská Bystrica, Zvolen, Štúrovo, Bratislava). In Deutschland besuchen sie Leipzig, Torgau, Cecilienhof und Aue.

In der Heldenstadt Brest, die an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen liegt und wo für die Völker der Sowjetunion der Große Vaterländische Krieg begonnen hatte, wird der Präsident der „Nachtwölfe“, Alexander Saldostanow, der auch unter dem Namen „Chirurg“ bekannt ist, dem Korso die Siegesfahne überreichen, die dann durch die Städte Osteuropas bis nach Berlin mitgeführt wird. Saldostanow selbst wird nur bis Brest fahren können: Die anderen Länder, durch die der Biker-Korso fahren wird, haben ihm die Einreise wegen Sanktionen verweigert.

„Für den Fall, dass es, wie 2016, Probleme am weißrussisch-polnischen Grenzübergang gibt, wird dort ein Konsularpunkt eingerichtet, der den Mitgliedern der Motorradgruppe rechtliche Beratung bietet“, erläuterte der leitende Berater für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte beim russischen Außenministerium, Sergej Morosow.

Er merkte an, dass die Motorradtour „Wege des Sieges“ die Möglichkeit bietet, die Erinnerung an historische Ereignisse wiederherzustellen, die in einigen europäischen Ländern in den letzten Jahren zu verwischen droht.“

Alexander Saldostanow kommentierte seinerseits, dass auf Bitte der Mitglieder der „Nachtwölfe“ aus Deutschland diesmal neue deutsche Städte in die Route aufgenommen worden seien, darunter Aue in Sachsen.

„Dieses Jahr werden wir in Deutschland durch neue Städte fahren. Das war der Wunsch unserer deutschen Kollegen, die uns in Tschechien treffen. Leider wird unsere deutsche Teilnehmerin Diana Irmisch nicht mit dabei sein. Sie ist durch ganz Russland gefahren, vom Fernen Osten bis in den Kaukasus. In Polen ist sie bei einem Unfall ums Leben gekommen. Zu ihrem Andenken haben wir ihre Heimatstadt Aue mit in die Route aufgenommen, um dort ihre Freunde und Eltern zu treffen. In Aue haben wir auch eine Frau kennengelernt, die als Kind von russischen Soldaten ein Akkordeon geschenkt bekommen hatte. Sie wollte dieses Akkordeon zusammen mit dem Alexandrow-Ensemble spielen. Jetzt kann sie aus Gesundheitsgründen nicht über lange Strecken reisen und hat uns gebeten, das Akkordeon dem Museum des Alexandrow-Ensembles zu überreichen. Das machen wir bestimmt.“
Jährlich legen die Motorradfahrer aus ganz Russland viele Kilometer zurück und versammeln sich am 9. Mai im Treptower Park und am Sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten in Berlin, um der im Krieg Gefallenen zu gedenken. Neben den russischen Bikern nehmen jetzt auch interessierte Menschen aus der ganzen Welt daran teil, hauptsächlich aus der Europäischen Union.

Die Bewegung sei offen für alle, sagte Andrej Bobrowski gegenüber Sputnik:

„Es ist schon Tradition. Hier versammeln sich Menschen, die für die Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen Russland und Europa sind und – was sehr wichtig ist – auch für die Bewahrung der historischen Authentizität. Besonders aktiv in dieser Hinsicht sind die Deutschen, für sie ist das von großer Bedeutung. Sie verstehen, dass wir, wenn wir jetzt alles verwischen, über mehrere Generationen eine Wiederholung der Geschichte erfahren könnten.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32460/66/324606605.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 06.04.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **20-mal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von zehn Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Garas die Gebiete von **Golmowskij** und **Sajzewo** mit Mörsern des Kalibers 120mm und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Durch den direkten Treffer eines Mörsergeschosses des Kalibers 120mm wurde ein Wohnhaus in Golmowskij in der Fotijewa-Straße zerstört.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. und 24. mechanisierten, der 57. Panzergrenadier und der 35. Marineinfanteriebrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Guds, Mischantschuk und Palas aus **Jasinowataja, Trudowskije, Dokutschajewsk, Wesjoloje, Spartak** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung sechs Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 40 des Kalibers 82mm abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde **ein ziviler Einwohner**, geb. 1963, wohnhaft in der Maximeljanowskaja-Straße 30, **verletzt**.

Außerdem wurde das **städtische Krankenhaus Nr. 21** von Donezk, auf dem Kremlewskij-Prospekt 12a, **beschädigt**.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Kominternowo** und **Oktjabrj** mit Mörsern des Kalibers 82mm, und Granatwerfern beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in dieser Richtung fünf Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert.

Während des Beschusses von Kominternowo von Seiten der BFU wurden zwei Wohnhäusern in der Achmatow- und der Pobeda-Straße beschädigt.

Mit erwidernem Feuer mit nicht verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des**

Gegners vernichtet. Die Verluste des Gegners betragen vier Tote und fünf Verletzte. Es wurden zwei Stück Militärtechnik vernichtet. Unter den Toten gelang es, den Richtschützen der 4. Kompanie der 93. mechanisierten Brigade, den Soldaten W. Ju. Logwinenko, geb. 1986, zu identifizieren.

Das ukrainische Militärkommando nutzt weiter die Kontroll- und Passierpunkte als Instrument der Einwirkung auf friedlicher Bürger und zur Eskalation der Spannung in der Konfliktzone. Diesmal war der Anlass für die Schließung des KPP „Marjinka“ eine bewaffnete Provokation von Seiten der Einheit „Rechter Sektor“ gegen einen Mitarbeiter des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine, in deren Folge ein Grenzschützer verletzt wurde. Nach uns vorliegenden Informationen hat der „Rechte Sektor“ im Verlauf einiger Monate gemeinsam mit Mitarbeiter des staatlichen Grenzdienstes der Ukraine von Bürgern, die den KPP „Marjinka“ passieren, Abgaben eingezogen und dadurch ständige und stabile Einkünfte gehabt. Ein Teil dieser Einkünfte ging auch in die Taschen von Funktionsträgern im Stab der OOS.

Das erprobte Schema von Schmiergeldern funktionierte so lange, bis die Anführer des „Rechten Sektors“ meinten, dass der abzugebende Anteil zu hoch sei und die Summe einseitig reduzierten. Diese Entscheidung gefiel dem Kommando des Stabs der OOS nicht, und der Kommandeur der 24. mechanisierten Brigade Oberst Guds erhielt den Auftrag, gemeinsam mit dem staatlichen Grenzdienst diese Einnahmequelle für die Nationalisten zu sperren. In der Folge entstand ein Konflikt zwischen den Banden, der zur Festnahme einiger Mitglieder des „Rechten Sektors“ führte. Als Rache und Einschüchterung gab ein Scharfschütze der Nationalisten einen Schuss auf einen Mitarbeiter des staatlichen Grenzdienstes ab, ohne die Absicht zu töten, sondern nur um zu verletzen. Um eine Beschuldigung von Seiten der Öffentlichkeit aufgrund interner Konflikte unter den militärischen Strukturen zu vermeiden, nutzte das Kommando der OOS seinerseits das begangene Verbrechen zur Beschuldigung der Volksmiliz hinsichtlich des Beschusses und als Vorwand zur Schließung des KPP „Marjinka“.

Im Vorfeld des Beginns der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine ist eine **Aktivierung von Besuchen ausländischer Delegationen in der Zone der Strafoperation** festzustellen. So wurde am 5. April im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Awdejewka die Ankunft von Mitarbeitern der Internationalen Krisengruppe der EU registriert, die sich mit der derzeitigen Lage in der OOS-Zone bekannt machen und ihre Unterstützung für den politischen Kurs der Führung der Ukraine zum Ausdruck bringen sollen. Außerdem ist im Gebiet von Peski die Ankunft von Mitgliedern der UN-Beobachtermission für Menschenrechte zum gleichen Zweck festgestellt worden. So zieht das ukrainische Militärkommando, das um sein äußerst geringes Vertrauensrating unter dem ihm unterstellten Personal weiß, internationale Organisationen zur Durchführung versteckter Agitation für den derzeitigen Präsidenten der Ukraine heran.

de.sputniknews.com: **„Mit Ausspähen der Halbinsel aufhören“: Krim-Abgeordneter gibt den USA Ratschlag**

Angesichts der häufiger gewordenen Flüge von US-Aufklärungsflugzeugen unweit der Grenzen der Schwarzmeer-Halbinsel Krim hat der Abgeordnete des Krim-Parlaments, Iwan Schonus, Washington dazu aufgerufen, mit dem „Ausspähen“ der Halbinsel aufzuhören. „Die regelmäßigen Flüge von US-Aufklärungsflugzeugen nahe den Krim-Grenzen rufen Besorgtheit hervor. Derartige Manöver stehen nicht im Einklang mit der Politik freundschaftlicher oder zumindest partnerschaftlicher Beziehungen. Die US-Behörden sollten mit dem Ausspähen der russischen Halbinsel aufhören und sich auf den Schutz ihrer eigenen Grenzen umschalten“, sagte Schonus gegenüber Sputnik.

Zudem vermutete der Abgeordnete, dass eine solch erhöhte Aufmerksamkeit seitens ausländischer Spionageflugzeuge hinsichtlich der Krim offenbar mit dem Wunsch verbunden

sei, Russlands Erfahrungen bei der Entwicklung von Territorien aus der Ferne zu übernehmen. „Russland hat der ganzen Welt am Beispiel der Krim gezeigt, wie man komplex und umfassend eigene Territorien entwickeln muss und in deren Zukunft investiert. Die US-Behörden sollten die russische Region selber besuchen, um mit eigenen Augen jene kolossalen Wandlungen zu sehen, die sich in den vergangenen fünf Jahren dort ereignet haben, statt aus der Ferne zu beobachten, wie sich die Krim umwandelt“, so Schonus. Dabei brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die USA nach einem Krim-Besuch anerkennen würden, dass die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland gerecht und nach dem Gesetz erfolgt sei.

Zuvor hatte der Navigationsbeobachtungsdienst PlaneRadar mitgeteilt, dass ein US-amerikanisches Flugzeug vom Typ Boeing P-8A Poseidon am Freitagabend einen Aufklärungsflug nahe der Küste der Krim-Halbinsel absolviert habe.

Kurz davor wurde russischen Medienberichten zufolge auch eine amerikanische Drohne RQ-4B-40 Global Hawk bei einem Flug entlang der Schwarzmeer-Küste Russlands geortet. Ausländische Spionageflugzeuge, vor allem der Nato und der USA, führen regelmäßig Aufklärungsflüge entlang der russischen Grenzen aus und werden oft in der Nähe russischer Militärobjekte im Ausland gesichtet. Nicht selten müssen russische Abfangjets extrem nah an die Aufklärungsflugzeuge heranfliegen, um sie zur Umkehr zu bewegen.

Allein im vergangenen Jahr hatten die russischen Luftstreitkräfte mehr als 980.000 Fluggeräte geortet und begleitet. Darunter waren rund 3000 ausländische Maschinen, wobei es sich bei einem Drittel von ihnen um Aufklärungsflugzeuge handelte. Die Wachdienste des Landes wurden mehr als 4000 Mal in Alarmbereitschaft versetzt.

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**, unter anderem auch mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. Von den Positionen der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Frunse, Shelobok und Sokolniki** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Außerdem wurde von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, deren Kommandeur der Kriegsverbrecher Garas ist, die Umgebung von **Losowoje** mit Schützenpanzerwaffen und automatischen Granatwerfern beschossen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als 70 verschiedene Geschosse abgefeuert**, davon 15 mit einem Kaliber über 100mm.

Trotz der lautstarken Wahlkampfklärungen Poroschenkos über eine Reform der ukrainischen Streitkräfte bleibt die moralische Qualität der militärischen Führung unverändert auf niedrigem Niveau. Das kommandierende Personal der ukrainischen Truppen wird nur von Habgier und dem Gefühl für den eigenen Gewinn angetrieben. Wie bisher gibt es Vorfälle, die den **Verkauf von Waffen und Treibstoff** an die Zivilbevölkerung in der Zone der Strafoperation betreffen.

So haben Funktionsträger einer Kompanie für materielle Versorgung der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Zeitraum von Februar bis März dieses Jahres mehr als 8 Tonnen Benzin und Diesel an Zivilisten verkauft. Dieser Treibstoffe wurde ungesetzlich auf defekte Technik der Kompanie abgeschrieben.

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung dieses Falls wird in der 25. Brigade die Ankunft einer Kommission des Treibstoffdienstes und des Fahrzeugdienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ erwartet, um eine Ermittlung durchzuführen.

Parallel ist in den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade die Arbeit von Mitarbeitern der militärischen Gegenaufklärung des SBU festzustellen, die die Ausstattung, den Zustand der Waffen und der Militärtechnik sowie die Versorgung mit anderem Material überprüfen. Die

Maßnahmen werden durchgeführt, um Fälle ungesetzlicher Abschreibung von Waffen und Munition, die dann aus der Zone der Operation der Besatzungskräfte herausgebracht werden, zu verhindern.

Im Verlauf der Kontrollen wurde ein **erheblicher Fehlbestand an militärischem Material, Waffen und Munition** festgestellt.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, insbesondere der humanitären Missionen, auf die **Fortsetzung der ungeordneten Verminung von Territorien in der OOS-Zone** durch die ukrainischen Truppen. Diese Aktivitäten haben mehrfach zu Opfern, sowohl unter Soldaten der ukrainischen Streitkräfte als auch unter der Zivilbevölkerung, geführt. Außerdem haben die Brigadekommandeure im Regelfall nach den planmäßigen Wechseln keine Karten von Minenfeldern.

So geriet nach Informationen von örtlichen Einwohnern am Abend des 2. April in Starobelks ein örtlicher Einwohner in einem Waldstück auf eine Mine, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gelegt worden war. Verwandte des Toten teilen mit, dass der Ort, an dem die Tragödie geschah, nicht mit Warntafeln über die Minengefahr markiert war und dorthin auch Kinder geraten könnten.

Außerdem betreiben ukrainische Soldaten, die ihre Straflosigkeit fühlen, weiter Gesetzlosigkeit in Ortschaften, in denen ihre Einheiten untergebracht sind. Die **Ausschreitungen der Kiewer Strafruppen gegenüber der Zivilbevölkerung des Donbass** enden nicht.

So ereignete sich am 4. April in einer Apotheke in Starobelsk ein Vorfall mit einem Soldaten des 8. Spezialregiments der ukrainischen Streitkräfte, der betrunken war und vom Apotheker verlangte, ihm Medikamente, die Betäubungsmittel enthalten, ohne Rezept zu verkaufen. Erst eine Patrouille der Nationalpolizei, die gerufen wurde, konnte den „Verteidiger“ der Ukraine beruhigen.

Die Volksmiliz der LVR lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und widmet den Fragen der Sicherheit der Republik erhöhte Aufmerksamkeit. Mit dem Personal werden ständig Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, bei denen die Kenntnisse und Fertigkeiten der Soldaten bei der Bearbeitung von Fragen der Reihenfolge und Richtigkeit von Handlungen auf dem Kampffeld bearbeitet werden.

Im Verlauf der letzten Woche wurden in den Kommunikationseinheiten Trainings zur Organisation der Kommunikation in der Kette Kompanie-Bataillon-Brigade durchgeführt. Die militärischen Kommunikationstechniker erfüllten die Normative zur Errichtung von Koordinationspunkten, zur Herstellung der Verbindung unter Bedingungen, dass der Gegner Funkstörgeräte einsetzt, unter Einhaltung der Regeln des Funkverkehrs und Erarbeitung von Vorgehensweisen von aufkommenden Störungen.

Die Soldaten der Volksmiliz der LVR halten die Minsker Vereinbarungen streng ein, aber im Fall einer direkten Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen sind sie bereit entschieden zu handeln.

de.sputniknews.com: **Lawrow: Russland setzt auf keine der Konfliktparteien in Libyen**

Russland hat laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow nie auf eine bestimmte Seite des Konflikts in Libyen gesetzt. Er äußerte sich darüber besorgt, dass die bewaffneten Vereinigungen in einigen Teilen Libyens den Einsatz von Kampfliegerkräften angekündigt hatten.

Lawrow zufolge ist es nötig, die Libyer dazu aufzurufen, die Kriegshandlungen zu stoppen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

„Wir sind beispielsweise darüber besorgt, dass die bewaffneten Vereinigungen in einzelnen Teilen Libyens (...) bereits angekündigt haben, dass sie Kampfliegerkräfte gegen die libysche Nationalarmee einsetzen werden. Und diejenigen, die auf diese Vereinigungen einen Einfluss ausüben (...), dürfen keine derartige Eskalation zulassen. Wir alle müssen die Libyer

dazu aufrufen, jegliche Offensivaktionen, Kriegshandlungen einzustellen und sich an den Verhandlungstisch zu setzen“, äußerte Lawrow auf einer Pressekonferenz mit dem ägyptischen Außenminister Sameh Shoukry.

„Wir hatten nie versucht, auf jemanden zu setzen. Und ich bin überzeugt, dass man gerade so im gegenwärtigen Fall auch handeln muss“, betonte er weiter.

„Wir unterstützen alle libyschen politischen Kräfte, damit sie miteinander übereinkommen und damit ihnen keiner etwas aufzwingt“, erklärte Lawrow bei dem Briefing in Kairo.

Die Behörden des Ostteils des Landes agieren unabhängig von Tripolis und kooperieren mit der Libyschen Nationalarmee, die einen langwierigen Krieg gegen die militanten Kämpfer führt. Die Uno schlägt vor, im Frühjahr 2019 allgemeine Wahlen in Libyen durchzuführen, nach dessen Ergebnissen legitime und allgemein anerkannte Machtorgane gewählt werden sollen.

Der Besuch des russischen Ministers in der ägyptischen Hauptstadt verläuft zum Zeitpunkt einer Verschärfung der Situation in Libyen, wo der Oberbefehlshaber der Libyschen Nationalarmee, Marschall Khalifa Haftar, am Donnerstag seinen Streitkräften befohlen hatte, eine Offensive gegen Tripolis zur „Befreiung von Terroristen“ zu starten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32443/53/324435310.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen bewaffneten Formationen die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit Schützenpanzerwaffen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

IDabei wurden die Verglasung sowie Haushaltstechnik in einem Wohnhaus in der Marschall-Gretschko-Straße 40 beschädigt. Opfer unter der Zivilbevölkerung gibt es nicht.

de.sputniknews.com: **Polen will Dutzende US-amerikanische F-35-Kampffjets kaufen**

Polens Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak hat bekanntgegeben, dass die Republik den Erwerb von 32 Fighters der fünften Generation bei den USA plant.

„Wir haben eine rechtliche und finanzielle Basis für den Kauf von 32 Flugzeugen der fünften Generation vorbereitet“, zitiert der Fernsehsender TVN24 den Minister. Ihm zufolge haben die polnische und die amerikanische Seite bereits Verhandlungen darüber aufgenommen.

Wie zuvor berichtet wurde, sollen die USA die Möglichkeit zum Verkauf von F-35-Flugzeugen an weitere fünf Länder prüfen. Nach einigen Angaben seien das Singapur, Griechenland, Rumänien, Spanien und Polen, hieß es.

Indes hat die US-Regierung die Auslieferung von Material für F-35-Kampffjets an die Türkei gestoppt. Der Grund dafür soll die geplante Installierung eines russischen Raketenabwehrsystems in der Türkei sein. Solange die türkische Regierung nicht auf das russische Luftabwehrsystem S-400 verzichte, würden die Auslieferungen und Aktivitäten rund

um die F-35-Jets zunächst ausgesetzt, teilte das US-Verteidigungsministerium in Washington mit.

Die USA erklärten, dass der Erwerb des S-400-Systems durch die Türkei inakzeptabel sei. US-Vizepräsident Mike Pence hat am Mittwoch die Türkei wegen ihres Erwerbs des russischen Luftverteidigungssystems S-400 kritisiert. „Die Türkei muss sich entscheiden, ob sie ein Schlüsselpartner der erfolgreichsten militärischen Allianz in der Weltgeschichte bleiben will oder ob sie durch rücksichtslose Entscheidungen, die unser Militär-Bündnis untergraben, die Zuverlässigkeit dieser Partnerschaft riskieren möchte“, so der US-Vize.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32183/81/321838119.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Aserbaidshon will Armee in Gefechtsbereitschaft versetzen – Medien**

Der Verteidigungsminister von Aserbaidshon, Sakir Gassanow, hat laut russischen Medien angeordnet, dass die Einheiten der Streitkräfte des Landes jederzeit zur Aufnahme aktiver Kampfoperationen bereit sein sollen.

„Der Minister gab den Kommandeuren und den Chefs aller Ebenen konkrete Anordnungen, eine ständige Beobachtung zu organisieren, die Handlungen des Gegners unter Kontrolle zu halten, seinen möglichen Provokationen eine entschiedene Abwehr zu erteilen und jederzeit zur Aufnahme aktiver Kampfoperationen bereit zu sein“, heißt es in der Mitteilung zu Ergebnissen einer Dienstsitzung.

Gassanow hat zudem Aufgaben gestellt, die Intensität der Übungen und Trainings zu erhöhen, die gemäß dem Terminplan für Gefechtsausbildung – insbesondere zur Nachtzeit – durchgeführt werden.